

Dieter Krüger

Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924

**Voraussetzungen, Entstehung, Umsetzung
und Bedeutung**

Herausgegeben von

**Gesamtmetall –
Gesamtverband
der Arbeitgeberverbände
der Metall- und
Elektro-Industrie e.V.**



Duncker & Humblot · Berlin

DIETER KRÜGER

Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924

Dieter Krüger

Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924

Voraussetzungen, Entstehung, Umsetzung
und Bedeutung

Herausgegeben von

Gesamtmittel –
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände
der Metall- und Elektro-Industrie e.V.



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: Das Druckteam Berlin
Printed in Germany

ISBN 978-3-428-15490-6 (Print)
ISBN 978-3-428-55490-4 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85490-5 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort des Herausgebers

Am 12. Juni 2015 feierte Gesamtmetall das 125-jährige Verbandsjubiläum mit einem Festakt in Berlin. Bundespräsident Joachim Gauck erinnerte in seiner Festrede an das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918:

„Dieses Abkommen bedeutete nicht nur eine Revolution im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, es war überhaupt der sozialpolitische Gründungskompromiss der ersten deutschen Demokratie. (...) Welche große, auch kulturelle Leistung es gewesen ist, ein Einverständnis zu erzeugen, das der ganzen Gesellschaft nützt, das sollte man sich immer wieder vor Augen führen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, bei der Neuerrichtung der Demokratie im Westen hat man sich wieder an dieses Kooperationsabkommen erinnert. Man konnte es wiederentdecken, musste es nicht neu erfinden.“

An der Entstehung und Unterzeichnung des Abkommens war Gesamtmetall, genauer gesagt der Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller mit seinen Repräsentanten Anton von Rieppel und Ernst von Borsig direkt beteiligt.

Auch deshalb erscheint nun zum 100-jährigen Jubiläum des Abkommens eine von Gesamtmetall herausgegebene historiographische Darstellung dieser für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland sehr bedeutsamen Vereinbarung.

Zugleich ist es wertvoll und lehrreich, sich an den Beginn der Tarifautonomie in Deutschland zu erinnern, denn bis zum heutigen Tag ist die autonome Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch Arbeitgeber und Gewerkschaften keine Selbstverständlichkeit. Beide Seiten mussten sie sich gemeinsam erkämpfen. Und der Erhalt der Tarifautonomie erfordert Kompromisse, die beiden Seiten vieles abverlangen. Heute sind die Tarifautonomie und deren Ausgestaltung, das liberale deutsche Tarifvertragsvertragsrecht, eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft.

Tatsächlich aber geraten die Bedeutung, das Verständnis, aber auch die Wirkung der Tarifautonomie zunehmend in Bedrängnis. Einerseits sind Tarifverträge inzwischen bisweilen genauso komplex wie die Betriebswirklichkeiten, die sie zu regeln und zu berücksichtigen haben. Und das Tarifniveau ist hoch und muss von den Unternehmen im internationalen Wettbewerb auch erwirtschaftet werden können.

Auf der anderen Seite verändert sich die Haltung der Politik gegenüber den im harten Ringen gefundenen Kompromissen. Immer häufiger wird aus sozialpolitischem Sendungsbewusstsein oder diffusem Gerechtigkeitsgefühl heraus in bestehende tarifvertragliche Regelungen eingegriffen. Doch der Prozess der Kompromissfindung kann nur dann dauerhaft Bestand haben, wenn beide Seiten sich sicher sein können, dass die vereinbarte Lösung gilt. Jeder Eingriff in die Tarifautonomie durch den Staat, die Regierung oder das Parlament entwertet sie und führt zu einer gefährlichen Erosion. Niemand kann das ernsthaft wollen.

Wir verbinden die Veröffentlichung dieser Geschichte des Stinnes-Legien-Abkommens mit der Hoffnung auf eine Rückbesinnung auf die Ziele und den Wert der Tarifautonomie in Deutschland. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir nach Wegen suchen, die Tarifautonomie zu bewahren, zu stärken und ihr zu neuer Bedeutung zu verhelfen – ganz im Sinne von Hugo Stinnes und Carl Legien.

Gedankt sei den Mitarbeitern aller Archive, die das Zustandekommen dieses Werkes unterstützt haben insbesondere Frau Dr. Angela Keller-Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Frau Dr. Eva Moser vom Bayerischen Wirtschaftsarchiv, Frau Mandy Dittrich und Frau Regine Grüner vom Bundesarchiv Berlin, Frau Christa Kaman vom Bundesarchiv Koblenz, Frau Brigitte Kikillus vom Bergbauarchiv, Frau Gerlinde Simon vom MAN-Archiv, Dr. Frank Wittendorfer vom Siemens Historischen Archiv sowie Prof. Dr. Manfred Rasch und Herrn Zielt vom ThyssenKrupp Konzernarchiv. Herr Christoph Roolf M.A. hat das Manuskript lektoriert und Dr. Andreas Beck den Band seitens des Verlages hilfreich und umsichtig betreut.

Wir danken Herrn Prof. Dr. habil. Dieter Krüger für seine intensive, anspruchsvolle und vor allem lesenswerte Arbeit.



Dr. Rainer Dulger
Präsident
Gesamtmittel



Oliver Zander
Hauptgeschäftsführer
Gesamtmittel

Inhaltsverzeichnis

I. Prolog: Berlin, im November 1918	13
II. Einleitung	21
1. Das Stinnes-Legien-Abkommen im Spiegel der Literatur	21
2. Ein Erinnerungsbuch	34
III. Von den Sozialistengesetzen zum Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst: Arbeitsbeziehungen im kaiserlichen Deutschland 1890–1917	37
1. Die Dominanz der Schwerindustrie: Unternehmer- und Arbeitgeber- verbände	38
2. Modernisierungsdefizite: Staat und Arbeiterschaft	48
3. Konkurrenz und Kooperation: die Gewerkschaften	53
4. Reform als Klassenkampf: die Freien Gewerkschaften	60
5. Der Kampf um Tarifverträge	65
6. Der Krieg als Schrittmacher der Veränderung	73
7. Die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor: das Hilfsdienstgesetz von 1916	81
8. Das Reformprogramm der Gewerkschaften	92
IV. Die Entstehung des Stinnes-Legien-Abkommens 1917/18	95
1. Vorsichtige Annäherung: das Problem der Übergangswirtschaft	95
2. Im Zeichen der militärischen Niederlage: die Gewerkschaften als Partner der Großindustrie	102
3. Die Revolution als Schrittmacher	124
4. Die Verhandlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 14. November 1918 in Berlin	132
5. Die neue Arbeitsgemeinschaft in der Kritik	148
6. Revolutionäre Opposition	160
7. Das Abkommen und die Weimarer Reichsverfassung	163
8. Von der negativen Integration zur Partizipation: die Sozialpartner im Übergang zur Republik	168
V. Die institutionalisierte Sozialpartnerschaft: Die Zentralarbeits- gemeinschaft (ZAG) 1919–1922	173
1. Die Anfänge der Organisation	174
2. ZAG und Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI)	178
3. ZAG und Reichsregierung: Gemeinwirtschaftspläne	181
4. Tarifverträge und Streiks	188

5. Konsolidierung im Zeichen wachsender gewerkschaftlicher Opposition gegen die ZAG	193
6. Staatlicher Gestaltungswille: Reichswirtschaftsrat und Schlichtungs- verordnung	201
7. Widerstände gegen Angestellentarifverträge	205
8. Die ‚Gelben‘: die ZAG als hybride Institution	208
9. Bewährungsprobe: der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920	211
10. Um Löhne und Zulagen: das Problem der Inflation	219
11. Die Kontroverse um die Außenhandelsabgabe	227
VI. Inflation und Stabilisierung: das Scheitern der Arbeitsgemeinschaft 1922–1924	233
1. Gegensätzliche Sanierungsvorschläge	235
2. Wer trägt die Last? Die Auseinandersetzung um den Achtsturentag ..	254
3. Die Kündigung	263
VII. Bilanz und Ausblick	273
Anmerkungen	287
Quellenverzeichnis	317
Literaturverzeichnis	319
Personenverzeichnis	331
Personenregister	339

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918, Quelle: Bundesarchiv, R 43/2494/J Reichskanzlei	16[–20]
Abbildung 2:	Streikende Crimmitschauer Textilarbeiterinnen Quelle: Deutsches Historisches Museum, Inv.-Nr.: PK F 55/1852	38
Abbildung 3:	Anton von Rieppel (1852–1926) Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München/ Bildarchiv port-023122	43
Abbildung 4:	Paul Heckmann (1849–1910) Gründungspräsident des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Quelle: Gesamtmetall	45
Abbildung 5:	Carl Legien (um 1910) Quelle: Deutsches Historisches Museum, Inv.-Nr.: F 52/2558	55
Abbildung 6:	Adam Stegerwald, April 1919 Quelle: Bundesarchiv, N 1780 Bild-001-03	59
Abbildung 7:	Ewald Hilger (1859–1934) Quelle: Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Inventar-Nr. 027200084001	88
Abbildung 8:	Hugo Stinnes (1870–1924) Quelle: Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Inventar-Nr. 027200180001	96
Abbildung 9:	Walther Rathenau, 1921 Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-L40010	99
Abbildung 10:	Ernst von Borsig, ca. 1931 Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-12817	101
Abbildung 11:	Albert Vögler, 1941 Quelle: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft	105
Abbildung 12:	Otto Huë (1868–1922) Quelle: Stadt Bochum, Stadtarchiv	106
Abbildung 13:	Alfred Hugenberg (um 1920) Quelle: akg-images	108

Abbildung 14:	Hans von Raumer (um 1930) Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-2010-0225-502	114
Abbildung 15:	Der Stahlhof in Düsseldorf (vor 1909) Quelle: Die Architektur des XX. Jahrhunderts – Zeitschrift für moderne Baukunst. Jahrgang 1909, Nr. 83	115
Abbildung 16:	Das Continental-Hotel in Berlin um 1905 Quelle: Postkarte [wohl rechtfrei]	119
Abbildung 17:	Novemberrevolution: Auto mit Maschinengewehren des Arbeiter- u. Soldatenrates am Brandenburger Tor, November 1918 Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1970-051-33	123
Abbildung 18:	Theodor Leipart (1867–1947) Quelle: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung	127
Abbildung 19:	Zusatzvereinbarung zum Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918, Quelle: Bundesarchiv, R 43/2494/J, Reichskanzlei	139
Abbildung 20:	Carl Otto Schrey (1853–1932) Quelle: Deutsche Maschinentechnische Gesellschaft e.V.	141
Abbildung 21:	Hotel Adlon (um 1926) Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-13848F/Pahl, Georg	143
Abbildung 22:	Schreiben Beukenberg an Springorum, 16. November 1918 Quelle: thyssenkrupp Konzernarchiv, Signatur. H 2266	145
Abbildung 23:	Anton Höfle, Januar 1925 Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-01314/Pahl, Georg	147
Abbildung 24:	Fritz Tänzler (1869–1944) Quelle: Tänzler: Die deutschen Arbeitgeberverbände, 1929	149
Abbildung 25:	Carl Friedrich von Siemens (um 1924) Quelle: Siemens Historical Institute	152
Abbildung 26:	Der Rat der Volksbeauftragten, Februar 1919. Von links: Otto Landsberg, Philipp Scheidemann, Gustav Noske, Friedrich Ebert und Rudolf Wissell Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1977-074-08/Sennecke, Robert	157
Abbildung 27:	Felix Deutsch, Mai 1928 Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-05933/Pahl, Georg	162
Abbildung 28:	Carl Legien, Radierung von Max Liebermann, um 1920 Quelle: akg-images	176
Abbildung 29:	Kurt Sorge (1855–1928) Quelle: Historisches Archiv Krupp	180
Abbildung 30:	Gegendemonstration gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 Quelle: unbekannt	210

Abbildung 31:	Heinrich Imbusch (1878–1945) Quelle: United Archives/TopFoto/Süddeutsche Zeitung Photo	217
Abbildung 32:	Hans von Raumer (um 1920) Quelle: akg-images	221
Abbildung 33:	Hermann Bücher (um 1925) Quelle: akg-images	223
Abbildung 34:	Folgen der Inflation: Taschen voller Banknoten werden verladen Quelle: akg-images/Fototeca Gilardi	234
Abbildung 35:	Heinrich Brauns (1868–1939) Quelle: KAS, ACDP: Fotoarchiv	235
Abbildung 36:	Peter Graßmann (1873–1939), Zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung	240
Abbildung 37:	Clemens Lammers, 1927 Quelle: ullstein bild	244
Abbildung 38:	Hugo Stinnes (um 1922) Quelle: akg-images/TT News Agency/SVT	246
Abbildung 39:	Paul Silverberg, Oktober 1932 Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-13961/Pahl, Georg	250
Abbildung 40:	Von links nach rechts: Generaldirektor von Borsig, Fabrikdirektor Wittke, Generaldirektor Dr. Albert Vögler und Bernhard Otte (Vorsitzender des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften), 1931 Quelle: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo	283

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
AS	Abschrift
BdI	Bund deutscher Industrieller
BdL	Bund der Landwirte
Butib	Bund der technischen und industriellen Beamten
CdI	Centralverband deutscher Industrieller
DeutschLux	Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DS	Durchschrift
DVP	Deutsche Volkspartei
GDM	Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller
GO	Gewerbeordnung
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
OHL	Oberste Heeresleitung
RAG(n)	Reichsarbeitsgemeinschaft/en
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBM	Verein der Bayerischen Metallindustriellen
VDA	Verein (ab 1913 Vereinigung) Deutscher Arbeitgeberverbände
VdESI	Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VDMA	Verband der Deutschen Maschinenbauanstalten
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAG	Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands

I. Prolog: Berlin, im November 1918

Ein kühler, trüber Tag war der 14. November 1918: Im Berliner Nobelhotel „Adlon“ trat vormittags zwischen zehn und halb ein Uhr der Hauptvorstand des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VdESI) zusammen. Geleitet wurde die Sitzung von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes, Ewald Hilger, dem informellen Repräsentanten der oberschlesischen Montanindustrie. Erschienen waren vorwiegend Herren aus Berlin und Umgebung, unter anderen der Protagonist der Berliner Maschinenbauindustrie, Ernst von Borsig, der Siemens-Direktor Otto Henrich, der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller (CdI), Max Rötger, der Hauptgeschäftsführer des VdESI, Georg Reichert, aber auch der inoffizielle Führer der westdeutschen Schwerindustrie, Hugo Stinnes. Viele andere hatten sich entschuldigt.¹

Die Herren tagten unbehelligt, obwohl nur wenige Tage zuvor in Deutschland eine Revolution stattgefunden hatte. Der Kaiser war von seinem höchsten Militär ins niederländische Exil komplimentiert worden; die Monarchen in den Bundesstaaten standen vor der Abdankung. Überall hatten sich unter der roten Fahne der sozialistischen Arbeiterbewegung Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Der letzte kaiserliche Reichskanzler Max von Baden hatte die Regierungsgeschäfte dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Friedrich Ebert, übertragen. Dieser hatte mit Vertretern der links-sozialdemokratischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) einen sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten gebildet. Damit setzte sich die Sozialdemokratie an die Spitze dieser seltsamen Revolution: Keiner der verhassten Unternehmer, ihrer leitenden Angestellten oder der unbeliebten Polizisten und Staatsanwälte hing am sprichwörtlichen Laternenpfahl. Zunächst weitgehend unblutig, waltete die Bürokratie des alten Obrigkeitsstaates ebenso weiter ihres Amtes wie die Züge halbwegs pünktlich verkehrten und überhaupt die öffentliche Ordnung nur punktuell gestört war. Die Kontrolle über den uferlosen Schwarzmarkt hatte die öffentliche Verwaltung schon lange verloren. Nur wer hier einkaufen konnte, litt keinen Hunger. Die Sorge ums tägliche Brot angesichts einer fast zusammengebrochenen Versorgung hielt sich die Waage mit der Euphorie, die das Kriegsende bei der physisch wie mental ausgelaugten Bevölkerung, namentlich in den großen Städten, ausgelöst hatte.

Geschäftsführer Reichert berichtete in der Sitzung des VdESI über seine erfolgreichen Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt über Ausführfragen. Der Versammlungsleiter Hilger wollte „hier bald Schluss machen“, um zur „eigentlichen Hauptvorstandssitzung“ überzugehen. Er bedankte sich zunächst bei Stinnes „für das, was er in den Verhandlungen für uns erreicht hat“. „Dass uns die neue Regierung nicht gefällt“, so Hilger weiter, „darüber brauchen wir ebenso wenig zu reden wie darüber, dass wir uns wie ein Mann hinter die Regierung stellen müssen“. Nachdem er lange den Gründer des Kaiserreichs, Otto von Bismarck, zitiert hatte – dessen Schöpfung soeben untergegangen war –, rief Hilger der Versammlung zu:

„Ich bin einer der eifrigsten Verfechter des Nichtverhandelns mit den Gewerkschaften von jeher gewesen. Ich habe meinen Standpunkt vollständig aufgegeben. [...] Ich stehe heute vor Ihnen als ein aus einem Saulus gewordener Paulus. Wir kommen heute ohne die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht weiter. [...] denn nur durch die Verhandlungen speziell mit den Gewerkschaften können wir Anarchie, Bolschewismus, Spartakusherrschaft und Chaos [...] verhindern. Ich bin also der Meinung: wir werden uns heute dazu entschließen, [...] die Abkommen, die mittlerweile schon mit den Gewerkschaften getroffen worden sind, hier gutzuheießen.“²

Am Ende taten die Anwesenden wie geheiß. Sie stimmten der namentlich von Stinnes erläuterten Vereinbarung zu, die wenige Vertreter der Großindustrie mit den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften bereits vor der Revolution am 9. November 1918 auszuhandeln begonnen hatten. Zeitgleich billigte am 14. November 1918 auch eine Versammlung von Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften das Verhandlungsergebnis.

Für die Industrie hatten herausragende Gestalten des Industriebürgertums verhandelt:

- Hugo Stinnes (1870–1924), der innovativste Montanindustrielle seiner Zeit,
- Hans von Raumer (1870–1965), ehemaliger Beamter und Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie,
- Ernst von Borsig (1869–1933), Maschinenbauindustrieller und Vorsitzender des Vereins Berliner Metallindustrieller,
- Carl Friedrich von Siemens (1872–1941), Vorstandsvorsitzender der Siemens-Schuckert-Werke,
- Walther Rathenau (1867–1922), Aufsichtsratsvorsitzender („Präsident“) der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) und einer der umstrittenen Intellektuellen des späten Kaiserreichs,

- Anton von Rieppel (1852–1926), Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) und Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Ihre Kontrahenten waren die machtvollen Vertreter einer Parallelwelt, der das Industriebürgertum die gesellschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung bislang versagt hatte:

- Carl Legien (1861–1920), Vorsitzender der Generalkommission der (sozialistischen) Gewerkschaften Deutschlands,
- Theodor Leipart (1867–1947), Vorsitzendes des (sozialistischen) Deutschen Holzarbeiterverbandes,
- Gustav Bauer (1870–1944), Zweiter Vorsitzender der Generalkommission und ab Oktober 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes im letzten kaiserlichen Kabinett,
- Alexander Schlicke (1863–1940), Vorsitzender des (sozialistischen) Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und seit 1916 Abteilungsleiter im Kriegsamt des Preußischen Kriegsministeriums,
- Adam Stegerwald (1874–1945), Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften,
- Gustav Hartmann (1861–1940), Vorsitzender der liberalen Gewerkvereine.

Am folgenden 15. November 1918 wurde – vermutlich ebenfalls im „Adlon“ – das Abkommen unterschrieben, das als „Stinnes-Legien-Abkommen“ in die Geschichte eingehen sollte. Seine Quintessenz war die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber und die Begründung einer institutionalisierten Sozialpartnerschaft.